

Christian Polke

Welcher Macht bedarf der Glaube?

Eine ethisch-theologische Überlegung zur Lage der Kirche(n)

Die Kirchen sind als Teil der gesellschaftlichen Realität mit ihr verzahnt und stehen mit ihren Krisen und Problemen nicht außerhalb der restlichen Welt. Krisen sind daher mehr als nur das Versagen von kirchlichen Institutionen, sie sind verknüpft mit der gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit und der entsprechenden Auffassung von Macht. Die sollte man vor allem nach den jüngsten Erfahrungen in der Kirche und mit Blick auf die Bergpredigt im Bewusstsein wechselseitiger Solidarität ausüben.

Nach einem berühmten Ausspruch Jacob Burckhardts ist Macht an sich böse. Dieser fällt zwar im Zusammenhang seiner »Weltgeschichtlichen Betrachtungen« über den Einfluss und die Prägekraft des Staates, somit der Institution politischer Macht schlechthin, auf die Kultur, aber das hat weder radikale Linksprotestanten noch christliche Anhänger des Slogans, wonach mit der Bergpredigt keine Politik zu machen sei und das Christentum eine rein innerliche Angelegenheit des Einzelnen wäre, gescheut, sich auf ihn zu berufen. Doch keine der beiden Gruppen wird darin dem Anliegen Burckhardts gerecht. Allenfalls die wichtige Frage, worin der allgegenwärtige Zusammenhang zwischen menschlichem Streben nach Macht und der Gefahr der Herrschsucht, die andere dominieren möchte, bestehe, kommt in dieser Sentenz überdeutlich zum Ausdruck.

Dass dies auch die Geschichte des Christentums betrifft und die Lage in den Kirchen bis auf den heutigen Tag bedarf keiner weiteren Begründung. Allzu offensichtlich sind doch die Dinge, bedenkt man nur das Thema des se-

xuellen Missbrauchs in kirchlichen Einrichtungen und durch kirchliche Würdenträger. Aber auch der jahrhundertalte Machtmissbrauch von Klerikern gegenüber Laien, von Männern gegenüber Frauen wäre hier zu nennen. #MeToo und Maria 2.0 sind nicht nur Geschwister im Geiste, wenn es darum geht, offenkundige Missstände zu Recht an den Pranger der keinesfalls nur kirchlich geprägten Öffentlichkeit zu stellen. Dabei greifen die Probleme noch tiefer, ist die Lage noch ernster. Denn nur extrem Blauäugige, derer es noch allzu viele gibt, dürften sich über den Umstand hinwegtäuschen, dass die Zukunft des Christentums eben auch von der Zukunftsfähigkeit der Kirchen abhängt. Diese müssen lernen, gegenwärtigen Herausforderungen konstruktiv zu begegnen und sie mit Lösungen zu versehen, die einer gewachsenen Sensibilität für Gleichheit und Gleichberechtigung, für demokratische Mitbestimmung und Inklusion entspricht. Ohne schonungslose Selbstkritik geht dabei gar nichts, so sehr sich auch die Dinge je nach Lage, Ort und Kontext unterschiedlich darstellen mögen.

Leidtragende sollen mitbestimmen dürfen

Mehr noch: Wichtig ist vor allem, dass die vormals Leidtragenden und Ausgegrenzten in allen Entscheidungsprozessen nicht nur ange-

hört werden, sondern mitbestimmen dürfen. Allein mit Anhörungen und Entschädigungen ist es somit ebenso wenig getan, wie mit ein paar mehr offiziellen Posten und Ämtern, die man an Mitglieder von bislang ausgeschlossenen Gruppen (z. B. Frauen, Homosexuelle etc.) vergibt.

Sowohl der landeskirchliche Protestantismus als auch die römisch-katholische Kirche, letztere vielleicht besonders stark, erleben Krisen, die mehr sind als die Resultate von institutionellem Organ- und individuellem Führungsversagen. Zur Debatte steht vielmehr das intrikate Verhältnis von Glaube und Macht, von Kirche und Politik, von Religion und Herrschaft. Dabei steht zuvorderst die Frage im Raum, wie eigentlich die verschiedenen Krisen verstanden und gedeutet werden müssen. Das ist keinesfalls trivial. Macht es doch einen großen Unterschied, ob man in den Krisen lediglich das, wenn auch systemische, Versagen von Verantwortungsstrukturen erblickt, oder ob man die kirchlichen Binnenverhältnisse als Ausdruck, Symptom, womöglich sogar Bastion bislang verborgen gebliebener oder irgendwie als selbstverständlich erachteter Repressionen und Diskriminierungen begreift. Wie immer man hier entscheiden mag, Fakt ist: Die Missbrauchskrise wie auch das Problem der Geschlechtergerechtigkeit in unseren Führungsstrukturen belegen deutlich, dass es sich hierbei keinesfalls um ein kirchliches Binnenproblem handelt. Nur darf man dies nicht vorschnell zur Entlastung des eigenen Versagens verwenden. Vielmehr zeigt sich eher umgekehrt: Gerade weil Kirchen und Religionsgemeinschaften einen Teil desjenigen Geflechts aus sozialen Praktiken, Netzwerken und Institutionen darstellen, die allesamt

13



Der Autor lehrt als Professor für Ethik und Systematische Theologie an der evangelischen Theologischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen.

unser Leben prägen, bedarf es bei der Suche nach Bekämpfung der Ursachen von Machtmissbrauch sowie bei der Implementierung wirksamer Schutzmechanismen des Blicks von »außen«, also von nicht kirchlich verbundener Seite.

Der US-amerikanische Kulturosoziologe Jeffrey C. Alexander hat diesbezüglich darauf hingewiesen, dass eine soziale Krise nicht allein auf einen Sektor der Gesellschaft bezogen ist, selbst wenn sie von ihm zunächst ausgeht. Für ihn stellen soziale Krisen vielmehr die Wertematrix unseres Zusammenlebens in allen Lebensbereichen, somit in Gänze, auf die Probe; sei es, dass wir sehen, dass Althergebrachtes seine lebensdienliche Funktion verliert, sei es, dass wir schamhaft erkennen, wo wir hinter unseren eigenen, hehren Ansprüchen weit zurückgeblieben sind und diese bisweilen sogar verdrängt haben. Wohlgemerkt: Niemals ist allein ein Bereich der Gesellschaft betroffen, während die anderen sich beruhigt zurücklehnen und zuschauen könnten, wie die Krise zu bewältigen versucht wird. Wir leben auch als Kirchen nicht im Ghetto oder Abseits der Gesellschaft. Wir sind weder eine Art Kontrastgesellschaft noch eine jahrtausendealte Idealform von Gemeinschaft, die die irdischen Dinge hinter sich gelassen hätte.

Verflechtung der Kirchen mit der Zivilgesellschaft

Die Verflechtung von Kirchen in das breite Spektrum der Zivilgesellschaft dergestalt anzuerkennen, heißt, nicht in Sondergruppensemantik auszuweichen und keiner Sektenmentalität das Wort zu reden, die sich von der sog. »Welt« fernhält und ins eigene Milieu zurückzieht. Dann erst kann mit der Einsicht ernst gemacht werden, wonach soziale Krisen sich erfolgreich und zum Besseren der Menschen in einer Gesellschaft nur so meistern lassen, dass auch diejenigen Stimmen Gehör finden, die scheinbar nur von »außen« das Geschehen in der betroffenen Einrichtung, Organisation und Institution verfolgen. Eine solch

inklusive Kritik- und Beratungsoffenheit wäre ein wahres Zeichen von Katholizität. Denn struktureller Machtmissbrauch, strukturelle Diskriminierung von Minderheiten betrifft uns alle, und zwar auch dann, wenn wir uns prinzipiell auf Distanz zu dem jeweiligen Lebensbereich stellen, in dem solches geschieht. Nur wer eine solche Sicht auf die Dinge einnimmt, lässt auch zu, dass sich Rückkoppelungseffekte, die auf ein differenzierteres Maß an öffentlich geteilter und somit gemeinsam erbrachter Verantwortung verweisen, bilden können. Das setzt poröse Grenzen voraus sowie den Willen, sich nicht vorschnell abzugrenzen. Wo man sich hingegen darauf versteift, einmal mehr zu betonen, die Kirche meine etwas anderes als Demokratie, in ihr hätten deshalb weder Parteien noch entsprechende Abstimmungsverfahren sinnvoll einen Platz, zumal der Glaube ja nicht auf Mehrheitsentscheiden beruhe, da bezeugt man nur, dass man weder vom Ernst der Lage noch vom Kern des Problems irgendetwas verstanden hat. Und nur als Nebenbemerkung: Von der Geschichte des Christentums und der Kirche auch nicht. Denn in dieser lässt sich

allenthalben feststellen, dass die konstruktiven Lösungsansätze stets von einer nicht unkritischen, aber mehr noch stets selbstkritischen Osmose zwischen Kirche und Welt, zwischen Sakralem und Profanem, zwischen religiösem Auftrag und politischer Gestalt geprägt waren.

Glaube bedarf Macht für seine Wirksamkeit

Welcher Macht bedarf also der Glaube? Das wäre die Frage im Hintergrund all der genannten Überlegungen. Vorausgesetzt, Macht ist nicht an und für sich böse, sondern wie Liebe, Vertrauen oder Gerechtigkeit ein ambivalentes Phänomen menschlicher Lebensführung, was dann? Immerhin, man könnte zugestehen, was schlechterdings nicht zu verleugnen ist: Auch der Glaube bedarf der Macht, und zwar schlicht um wirksam, nämlich wirkmächtig(!) zu werden. Der Ambivalenz und den Schattenseiten der Macht des Glaubens, seiner Gläubigen und ihrer Institutionen wird man somit nicht dadurch Herr/Frau werden, indem man sie übersieht, leugnet oder aber dem Glauben jede Form von



Spomenik – Denkmal für die Arbeiterklasse (Mitrovica, Kosovo)

Foto: Jan Kempenaers

Mächtigkeit abspricht. Vielmehr wäre es an der Zeit, aus der eigenen wie der Geschichte der Anderen offen zu lernen, aus Erfahrungen des Machtgebarens und seiner inhumanen Konsequenzen ebenso wie aus Erfahrungen einer gelungenen, weil geteilten und mitgeteilten, Mächtigkeit. Glaube als Empowerment, das müsste das Leitmotiv sein. Dazu freilich bedarf es eines offenen Austausches über alle Grenzen der Glaubensansichten und Frömmigkeitsprofile hinweg. Kurzum: Es bedarf eines synodalen Weges innerhalb einer Kirche, die sich als Lerngemeinschaft versteht, und zwischen Christen wie Anders-Gläubigen und Nicht-Glaubenden.

Synode als demokratische Lerngemeinschaft

Im Grunde bemüht sich auch der synodale Weg der katholischen Kirche in Deutschland und dies keineswegs zum ersten Mal – man denke an die Würzburger Synode von 1971 bis 1975 – um die Umsetzung dieser Einsicht. Dessen Initiator/-innen, Bischöfe wie Laienvertreter/-innen, eint in der Mehrheit die Überzeugung, dass nur über einen selbstkritischen Lernprozess, der vor allem auch den bislang zu wenig Gehörten ein Forum bietet, eine Reform der Kirche möglich wird und somit die Zukunftsfähigkeit des kirchlichen Christentums eine Chance behält. Eine Chance, die auch für die Gesamtgesellschaft von großem Nutzen sein kann, insofern hier vorgemacht werden könnte, was das Teilen von Macht und Verantwortung an positiver Veränderungsbereitschaft freisetzen kann. Synodalität ist ein Zeichen von Demokratie am Ort und vom Wesen der Kirche her. Darin kann sie auch zu einem Vorbild für andere Gesellschaftsbereiche werden. Schließlich kommen hier Menschen zusammen und reden trotz aller Differenzen miteinander. Sie beraten in Diversität, aber geleitet von der gemeinsamen Ausrichtung ihres Lebens an der Botschaft Jesu. Das betrifft dann nicht nur konkrete Themen, wie die demokratische Partizipation von

Laien, die Rolle der Frauen oder die Suche nach einer lebensdienlichen, weil lebensnahen Sexualmoral. Wichtig ist, dass dieses synodale Element von Kirche – anders als zumeist in den zwar strukturell so konzipierten Kirchen der Reformation – auch den lebendigen Streit, die Widerworte und die Debatte zwischen scheinbar unvereinbaren Positionen zulässt, ohne vorschnell Konsens zu suggerieren. Dass Kirche auch dies aushalten kann, zeigt nur, dass sie stets mehr und noch anderes als Institution ist. Sie ist ebenso sehr eine lebendige Bewegung, und dies ohne das eine notwendige Moment gegen das andere ebenfalls überlebenswichtige auszuspielen. Deshalb tut Kirche – tun die Kirchen – gut daran, die Herausforderungen und Probleme ihrer Zeit und in ihren Gesellschaften als ihnen nicht nur von »außen« vorgegeben oder eben selbstgemacht zu betrachten. Nur dann können sie in ihrem Umgang damit, trotz aller Brüche und Fehler, die gemacht werden, auch zum stellvertretenden Zeichen für ein Ringen der gesamten Gesellschaft werden. Eine Art advokatorische Verantwortung, wenn man so will.

Kirche ist eine politische Größe

Ist das schon Machtausübung? Das hängt vom Begriff und Umfang von Macht ab. Öffentliche Meinungsbildung ist es auf alle Fälle, und zwar nicht nur für diejenigen, die sich ihrer Kirche nach wie vor verbunden fühlen. Welcher Macht bedarf der Glaube? Diese Frage ist im Grunde eine Frage von politischer Ethik aus dem Geiste des Christentums, sie ist mehr noch eine Angelegenheit von politischer Theologie. Nicht im unsäglichen Sinne eines Carl Schmitts, sondern in der Art und Weise, wie sie der 2019 verstorbene, große katholische Theologe und Rahner-Schüler Johann Baptist Metz verstanden und konzipiert hat. Nach ihm kann Kirche sich nicht zurückziehen auf einen scheinbar vorpolitischen, und sei es mystischen, Glaubenskern. Kirche ist als geschicht-

lich-gesellschaftliche Erscheinung von je her eine politische Größe. Darin und damit ist sie aber nicht nur Erinnerungsgemeinschaft der Glaubenden, sondern ebenso sehr Instanz von Macht, von Mächtigkeit, wie sie sich aus dem Ethos der Nachfolge ergibt. Nicht der scheinbar lupenreine dogmatische Kern des Glaubens bestimmt daher die Wirkmächtigkeit und darin zugleich die Überzeugungsmächtigkeit der christlichen Botschaft, des Evangeliums, sondern die jeweilige Inkulturation von Nachfolgebereitschaft in der jeweiligen Gegenwart vor Ort – als Folge von Gottes Inkarnation in die Welt in Gestalt von Jesus Christus. Das bedeutet keine Moralisierung oder Politisierung des Christentums, solange klar bleibt, dass die Hoffnung auf Gottes Verheißung eben nicht plan- oder herstellbar ist. Schon der Umstand, dass die vergangenen und oftmals vergessenen Leiden von Menschen im Letzten nicht wiedergutzumachen sind, dass die Folgen begangenen Machtmissbrauchs nur sehr schwer bei den Betroffenen werden vernarben können, – all das verweist auf den Grund, von dem aus in den Kirchen allein um die politische Existenz der Christenmenschen gerungen werden kann: als Hörende des Wortes vom Gott der Lebenden und Toten, von einem Gott, der sich im Leiden, Sterben und Auferstehen Jesu von Nazareth als Gott der universalen, rettenden Gerechtigkeit über alle Zeiten und Räume hinweg bezeugt hat, schicken sie sich an, in ihrer jeweiligen gesellschaftlichen und geschichtlichen Lage »Täter des Wortes« (Jak 1, 22) zu werden. Oder sagen wir besser: Täter/-innen des Wortes.

Welcher Macht bedarf der Glaube somit für diesen Auftrag? Ein solcher Glaube, der von sich aus politisch ist, ohne deshalb sogleich parteipolitisch verengt zu sein, bedarf der Macht, die auch ausstrahlt. Er bedarf dessen, worin die Evangelien die Besonderheit Jesu erblickt haben: »Er lehrte, wie einer der Vollmacht hat« (Mt 7, 29), so heißt es am Ende der Bergpredigt. Diese Vollmacht ist keine Herrschaft. Sie stellt eher einen



Spomenik – Monument zur Entstehung Jugoslawiens und zum Sieg gegen Nazi-Deutschland (Nebljusi, Kroatien) Foto: Jan Kempnaers

16

geschwisterlichen Dienst im Geist der Nachfolge dar. Darin verbirgt sich kein naives Verhältnis zur Politik. Schon Jesu wusste um die Gewaltförmigkeit, derer sich die Machthabenden nur allzu oft bedienten, im Kleinen wie Großen. Aber es ging eben auch nicht nur um ein Gegenstück zur Politik. Die Geschichte der Ordensgemeinschaften bezeugt das in ihrem Bemühen, ihr Ordensleben selbstbestimmt im Geist der geschwisterlichen Nachfolge zu regeln und ja, auch politisch zu institutionalisieren: Wahlamt auf Zeit (Abt, Äbtissin), gleichberechtigte Partizipation aller. Franz von Assisi, der Namenspatron des gegenwärtigen »Diener der Diener Gottes« (Servus Servorum Dei), hat mit der Kirche seiner Zeit, mit Papst und Kurie, nicht zuletzt darum gerungen, dass diese Form der politischen Partizipation in seinem Orden aus dem Geiste des Evangeliums erhalten bleibt.

Welcher Macht bedarf der Glaube? Zunächst bedarf es eines schonungslosen Blickes auf die Machtfähigkeit wie die -förmigkeit menschlichen Zusammenlebens, auch und gerade am Ort der Kirche; eines Blickes, der die

Ambivalenzen nicht verschweigt. Von daher ist mit der Idee von Gewalten- als Machteilung, insbesondere in kirchlichen Institutionen und Strukturen, noch mehr als bislang ernst zu machen. Aber es bedarf auch der Chuzpe, nicht genug von derjenigen Macht zu verlangen und nach ihr zu streben, die als Empowerment immer mehr und breitere Kreise von Menschen ohne Zwang und ohne Gewalt für die gemeinsame Sache einzunehmen vermag. Macht, so heißt das, ist nicht einfach Herrschaft. Sie basiert auch nicht allein auf Gewaltenteilung, sondern sie wächst durch das Miteinanderteilen von Nöten und Problemen, Ansichten und Perspektiven, von Lösungsversuchen und Erfahrungen des Scheiterns. In diesem Sinne wohnt der Macht ein ebenso katholisches Element inne wie der Wahrheit. Beide sind nämlich, so gesehen, umfassend inklusiv. Und wahre Machtausübung wird sich aus der Sicht des christlichen Glaubens daran bemessen lassen, ob und wie sehr die am wenigsten Gehörten, die Zukurzgekommenen, die Leidenden, Ohnmächtigen, die Opfer und ja die Toten zu Wort kommen können und dürfen – ohne Paternalismus, sondern im Bewusstsein

wechselseitiger Solidarität.

In der Bergpredigt bei Matthäus lauten die entscheidenden Eingangssätze: »Selig sind, die da Leid tragen; denn sie sollen getröstet werden [...] Selig sind, die da hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit; denn sie sollen satt werden. [...] Selig sind, die Frieden stiften; denn sie werden Gottes Kinder heißen. Selig sind, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden; denn ihrer ist das Himmelreich. Selig seid ihr, wenn euch die Menschen um meinetwillen schmähen und verfolgen und allerlei Böses gegen euch reden und dabei lügen. Seid fröhlich und jubelt; es wird euch im Himmel reichlich belohnt werden.« (Mt 5, 4–12) Mag sein, dass man mit der Bergpredigt nicht unmittelbar Politik betreiben kann. Aber Kirche sollte man nach ihr schon gestalten wollen. Wenn aber Politik letztlich nichts anderes meint als Weltgestaltung und Weltumgestaltung zum Wohle aller, zumal der Vernachlässigten, dann wiederum schiene es mir völlig unbegreiflich, wenn man nicht aus dem Geiste genau jener Bergpredigt versuchen wollte, Politik zu machen.

Literatur

- Alexander, J. C. (2019): What makes a Social Crisis? The Societalization of Social Problems. Cambridge/Medford.
- Bogner, D. (2019): Ihr macht uns die Kirche kaputt ... doch wir lassen das nicht zu! Freiburg, Basel, Wien.
- Burckhard, J. (2018): Weltgeschichtliche Betrachtungen. Mit einem Nachwort von J. Osterhamel, München.
- Hoff, G. M.; Knoop, J.; Kranemann, B. (Hg.) (2020): Amt–Macht–Liturgie. Theologische Zwischenrufe für eine Kirche auf dem synodalen Weg (QD 308). Freiburg, Basel, Wien.
- Jürgens B.; Sellmann, M. (Hg.) (2020): Wer entscheidet, wer was entscheidet? Zum Reformbedarf kirchlicher Führungspraxis (QD 312). Freiburg, Basel, Wien..
- Metz, J. B. (2016): Glaube in Geschichte und Gesellschaft. Studien zu einer praktischen Fundamentalthologie, Gesammelte Schriften Bd. 3/1: Im dialektischen Prozess der Aufklärung. Freiburg, Basel, Wien.